

Stellungnahme zum Bildungsreformgesetz 2017 –Schulrecht, SchOG §27a

Sehr geehrte Damen und Herrn,

Wir sind SonderschullehrerInnen in Wien mit teilweise jahrzehntelanger Erfahrung im Wiener Schulsystem. Die geplanten Änderungen sehen wir sehr kritisch und wollen dies auch begründen:

Die Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik (ZIS) sind nicht nur für die Verwaltung von SchülerInnen mit SPF verantwortlich, sondern sind auch unsere Kompetenzzentren in allen Fragen der Förderung. Die Vernetzung zwischen Standorten, sonderpädagogischen BeraterInnen, PsychagogInnen und mobilen LehrerInnen ist nur durch die regionale ZIS – Leitung möglich. Es ist für uns nicht vorstellbar, dass diese Kompetenzen von einer zentralen Stelle übernommen werden können, denn die individuelle Hilfestellung sowohl für LehrerInnen, Eltern und Kinder ist nur durch direkte regionale Ansprechpartner, die regelmäßigen Kontakt zu allen Beteiligten haben, gewährleistet. Die ZIS – LeiterInnen kennen die SchülerInnen mit SPF bereits ab der Einschulung und sind somit auch in ihrem regionalen Wirkungsbereich mit der bestmöglichen Beschulung dieser Kinder vertraut und können so die bestmögliche Förderung innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen gewährleisten, was auch dem Recht behinderter Kinder gemäß UN – Konvention entspricht.

Das Spezialwissen, das sich die LeiterInnen in vielen Jahren erworben und im Sinne des Wiener Bildungssystems und ALLER umgesetzt haben, ist nicht ohne weiteres ersetzbar.

Auch die Eltern verlieren ihren regionalen Ansprechpartner für akute Herausforderungen bzw. Hilfestellungen bei Problemen durch die geplante Zentralisierung in Bildungsdirektionen.

Die Herausforderungen der inklusiven Beschulung an Pflichtschulstandorten und die gleichzeitige Öffnung der Sonderschulen für **ALLE Kinder** sind nur durch fachlich qualifizierte, regionale ZIS – LeiterInnen pädagogisch sinnvoll umzusetzen, da diese **ALLE** Beteiligten und infrastrukturellen Möglichkeiten in der Region kennen und einschätzen können, so ist auch die bestmögliche Nutzung **ALLER** Ressourcen gewährleistet.

Wir unterstützen daher nachdrücklich die Forderung aus dem Wiener APS – Bereich, die regionalen Kompetenzzentren zu erhalten und den Gesetzesentwurf entsprechend zu adaptieren, damit Kinder mit und ohne SPF weiterhin in gleicher Qualität Unterstützung und qualitätvollen Unterricht erhalten.

Wir erklären uns mit der Veröffentlichung dieser Stellungnahme auf der Homepage des Österreichischen Parlamentes ausdrücklich einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Margareta HÜTTER, Sobln
Carola PRAND, Hobln
Jutta LENZ, Sobln
Anna Katharina HUEMER, B.Ed.